

Stellungnahme von Oliver Paasch zum Corona-Krisendekret
--

Sehr geehrter Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir erleben in diesen Wochen
die größte sanitäre Krise seit dem Ende des zweiten Weltkrieges.

Weltweit sind schon mehr als eine Million Menschen mit dem Virus infiziert.

...Und es drohen noch sehr viele hinzukommen.

Ich denke zum Beispiel mit großer Sorge an Afrika,
einen Kontinent,
auf dem unzählige Menschen
dem Virus schutzlos ausgeliefert sein könnten.

In Europa steigt die Zahl der Erkrankten ebenfalls rapide an.

In Ländern wie Italien und Spanien
sterben seit Wochen
jeden Tag zwischen 800 und 1000 Menschen an Covid19.

1000 Menschen pro Tag...

Das ist so,
um sich das Ausmaß der Katastrophe zu vergegenwärtigen,
als würden dort jeden Tag mehrere Flugzeuge abstürzen.

Und auch in unserem Land
müssen wir mittlerweile jeden Tag mehr 130 Tote beklagen.

Gleichzeitig stößt unser Gesundheitswesen an seine Grenzen.

Wenn die Kapazitätsgrenze des Gesundheitswesens einmal überschritten wird,
wenn in den Krankenhäusern keine Betten mehr frei sind,
dann leiden darunter nicht nur die Coronapatienten
sondern alle Menschen, die medizinische Hilfe benötigen.

Dann müssen Ärzte und Pflegekräfte die sagenhaft schwierige
und unglaublich folgenschwere Entscheidung treffen,
wem sie noch helfen und wem nicht;
wen sie retten und wen sie sterben lassen.

Das erleben einige Länder schon seit Wochen jeden Tag.

Aufgrund des exponentiellen Wachstums dieses Virus
droht jedes (!),
auch das modernste Gesundheitswesen,
sehr schnell an seine Grenzen zu kommen.

Die Wissenschaftler haben uns am 12. März
im NSR in bewegenden Worten dargelegt,
wie schnell es auch in Belgien zur Katastrophe kommen kann,
wenn nicht schnell und drastisch eingegriffen wird.

Daraufhin hat der NSR gehandelt.

Und zwar in einer
vor kurzem noch kaum für möglich gehaltenen
nationalen Eintracht,
im Einvernehmen mit allen Gliedstaaten,
über alle Sprach- und Gemeinschaftsgrenzen hinweg

Hätte der NSR nicht gehandelt,
wäre unsere Gesundheitswesen nachweislich
jetzt schon zusammengebrochen.

Das sollten alle Verschwörungstheoretiker berücksichtigen,
wenn sie in diesen Tagen mal wieder
in den sozialen Medien
ihr lebensgefährdendes Unwesen treiben.

Der NSR hat Maßnahmen beschlossen,
die tief in die Freiheitsrechte der Menschen eingreifen
und das gesellschaftliche Zusammenleben empfindlich einschränken.

Geschäfte sind geschlossen.
Ausgangssperren wurden verhängt.
Es herrscht ein allgemeines Versammlungsverbot.
Grenzen sind geschlossen.

Man darf sogar Familienangehörige
nur noch unter bestimmten Bedingungen besuchen.
Es gibt kaum noch Freizeitmöglichkeiten.

...

So etwas hat es in den letzten 75 Jahren nicht mehr gegeben.

Das sind keine harmlosen
und erst recht keine einfachen Entscheidungen.

Ja,
das ist eine sensible Gradwanderung
zwischen der Wahrung von fundamentalen Grundrechten
in einem freiheitlich-demokratischen Staat einerseits
und dem Schutz von Menschenleben andererseits.

...So etwas möchte man in seinem Leben eigentlich nie erleben.

Dennoch sind die Entscheidungen des NSR notwendig.

Wir brauchen in diesen Zeiten
Mut,
Verantwortungsbewusstsein, Besonnenheit,
Entschlossenheit,
Mitmenschlichkeit
und vor allem Solidarität.

Solidarität insbesondere mit unseren älteren Mitmenschen,
denen wir so viel zu verdanken haben.

Solidarität mit allen Kranken und Schwächeren.

Ja, Solidarität mit allen Menschen, die Hilfe brauchen.

Die Maßnahmen des NSR beeinflussen unser aller Leben;
sie prägen unser Handeln.

Das gilt natürlich auch für die Regierung.

Die Regierung der DG ist unmittelbar
in allen interföderalen Gremien vertreten,
die mit dem Management dieser Krise betraut wurden.

Wir nehmen an den regelmäßigen Konferenzen
der Premierministerin mit den MP
und an allen interministeriellen Konferenzen teil.

Wir sind vertreten im Krisenzentrum,
das die Lage täglich neu bewertet,
die getroffenen Beschlüsse rechtsverbindlich interpretiert
und auf Fragen antwortet.

Wir sind auch vertreten in allen thematischen AG,
die das Krisenzentrum gegründet hat.

Und wir nutzen diese Mitwirkungsmöglichkeiten,
um die Interessen unserer Bevölkerung zu vertreten,
Beschlüsse zu beeinflussen,
die für unsere Bevölkerung besonders relevant sind,
und um Antworten zu finden,
auf alle Fragen,
die wir aus unserer Bevölkerung erhalten.

Umgekehrt

nutzen wir alle verfügbaren Kommunikationskanäle,
um unsere Bevölkerung transparent und ehrlich
zu informieren
und auf möglichst alle Fragen zu antworten.

Dabei beziehen wir alle Bürgermeisterinnen,
alle Bürgermeister
und alle Parlamentarier mit ein.

In dieser Krise dürfen parteipolitische Unterschiede
nicht die geringste Rolle spielen.

Wir alle sind gewählt worden,
um unserer Bevölkerung zu dienen.

Wir sind alle gewählt worden,
um unsere Bevölkerung vor Schaden zu bewahren.

Darum geht es jetzt.

Und wir freuen uns ausdrücklich darüber,
dass die überwiegende Mehrheit dieses Parlaments
das genauso sieht.

Wir bedanken uns für die konstruktive Zusammenarbeit
über Mehrheits- und Oppositionsgrenzen hinweg.

Genau wie alle anderen Regierungen unseres Landes befindet sich die Regierung der DG nun schon seit einiger Zeit im Krisenmodus.

Neben der wichtigen Bindegliedfunktion nach Brüssel nutzen wir alle uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, um den Menschen in unserer Heimat schnell und unbürokratisch zu helfen.

Das ist mitunter ein wirklicher Kraftakt. In all unseren Zuständigkeiten.

Ganz besonders natürlich im Gesundheitswesen, bei der Kinderbetreuung und im Unterrichtswesen.

Aber zum Beispiel auch im Kulturbereich und in der Beschäftigungspolitik.

Wir haben zahlreiche Task Forces und Arbeitsgruppen eingesetzt, die sich unter hohem Arbeitsdruck tagtäglich um die unterschiedlichen Folgen und Aspekte dieser Krise kümmern.

Nun haben wir das Parlament darüber hinaus gebeten, uns in dieser außergewöhnlichen Notsituation einige Sondervollmachten zu erteilen, die unsere Handlungsmöglichkeiten erweitern.

Wobei wir mit diesen Sondervollmachten
sehr viel sparsamer umgehen
als alle andere Gliedstaaten in Belgien.

Wir wollen trotz Krise
ein Maximum an parlamentarischer Souveränität bewahren.

Mit dem vorliegenden ersten Krisendekret
wird vor allem sichergestellt,
dass der öffentliche Dienst in jedweder Situation handlungsfähig bleibt.

Es wird zugleich gewährleistet,
dass die Rechte der Bürgerinnen und Bürger gewahrt bleiben,
zum Beispiel dann,
wenn sie nicht mehr in der Lage sind,
ihre Wohnung zu verlassen.

Alle in unserem Zuständigkeitsbereich anwendbaren Fristen
werden zu diesem Zweck vorerst für 30 Tage ausgesetzt.

So wird vermieden,
dass Bürgerinnen und Bürger wegen der Krise
eine Frist verpassen
oder eine Entscheidung einer Behörde zu Ungunsten des Bürgers ausfällt,
nur weil eine Frist ausläuft.

In den anderen belgischen Gliedstaaten wurden solche Fristen ebenfalls
ausgesetzt;
allerdings nicht vom Parlament sondern von der Regierung.

Bei uns entscheidet heute darüber nicht die Regierung sondern das Parlament.

Dieses Dekret gibt der Regierung der DG
ohnehin nur sehr wenige Vollmachten,
viel weniger als in den anderen Landesteilen.

Weitreichender ist die Befugnis,
die unser Parlament heute den Gemeindegremien überträgt.

Es ist den Gemeinderäten natürlich nicht verboten zu tagen.

Im Gegenteil.

Aber sollte das mal nicht möglich sein,
bleibt die Gemeinde durch diese Bestimmung handlungsfähig.

Kolleginnen und Kollegen,

die finanziellen Folgen dieser Krise sind gigantisch:

Sowohl für die Wirtschaft
als auch für die zahlreichen Einrichtungen und gemeinnützigen Organisationen
im Zuständigkeitsbereich unserer Gemeinschaft.

Föderalstaat und WR haben Hilfspakete beschlossen,
um die Wirtschaft in dieser katastrophalen Situation zu unterstützen.

Das ist bitter notwendig.

Weitere Wirtschaftshilfen müssen und werden folgen.

Leider haben wir als DG in diesem Bereich keine Befugnisse.

Und dennoch können,
müssen und werden auch wir entschlossen handeln.

Und zwar in all unseren Zuständigkeitsbereichen.

Unmittelbar nach Bekanntgabe der ersten Beschlüsse des NSR
haben wir den Einrichtungen und Vereinigungen
in den Bereichen Kultur, Jugend und Erwachsenenbildung mitgeteilt,
dass wir alle Zuschüsse aufrechterhalten werden,
auch wenn Veranstaltungen abgesagt
und dekretale Kriterien nicht eingehalten werden können.

Hierfür werden weiterer Vollmachten notwendig sein,
über die das Parlament am 27.04.2020 befinden wird.

Den von der Krise unmittelbar betroffenen Gemeinschaftszentren
haben wir ebenfalls Hilfen zugesagt.

Wir haben zudem einige Zuschüsse,
die normalerweise monatlich ausgezahlt werden,
vorzeitig ausgezahlt,
um Liquiditätsschwierigkeiten zu überbrücken.

Das werden wir jetzt systematisch in allen betroffenen Bereichen machen.

Darüber hinaus
haben wir unsere Zuwendungen für den Gesundheitsbereich deutlich erhöht,
z.B. um Schutzmaterial anzukaufen.

Wir wollen allen von der DG abhängigen und bezuschussten Einrichtungen helfen,
diese Krise zu überstehen.

Wir wollen ihnen helfen,
Einkommensverluste aufzufangen und Mehrausgaben auszugleichen.

Das gilt z.B. für die Solidarwirtschaft, soziale Einrichtungen,
kulturelle Einrichtungen, Kinderbetreuer, Tagesmütter,
Erwachsenenbildungsinstitute, Krankenhäuser,
Wohn- und Pflegezentren und Schulen.

Über das vorliegende Krisendekret wird ein Krisenfonds
in Höhe von 10 Millionen EUR eingerichtet.

Mit diesem Fonds können wir unbürokratische Soforthilfen
in unseren Zuständigkeitsbereichen gewähren.

Wir haben deshalb eine Task Force eingerichtet,
die den Bedarf der bezuschussten Einrichtungen
und gemeinnützigen Vereinigungen
analysiert,
damit wir maßgeschneidert helfen können.

In dieser Woche werden wir
zunächst mit den Sozialpartnern darüber beraten
und dann ein Antragsverfahren veröffentlichen.

Darüber hinaus bereiten wir gerade,
wie angekündigt,
ein 2. Krisendekret vor,
mit dem wir unsere beschäftigungspolitischen Möglichkeiten voll ausschöpfen,
Prozeduren vereinfachen und Zuschüsse erhöhen wollen,
um die Auswirkungen dieser Krise auf den Arbeitsmarkt abzufedern.

Das PDG wird am 27.04. darüber abstimmen können.

Darüber hinaus
wollen wir die mit den Sozialpartnern
vor einem Jahr vereinbarte finanzielle Aufwertung der Pflegekräfte
schnellstmöglich vorziehen.

Dazu bedarf es eines erneuten Dialogs mit den Sozialpartnern.

Das setzt zahlreiche z.T. technische Anpassungen voraus.

Wenn wir das nicht bedarfsgerecht und gründlich vorbereiten,
drohen wir mehr Schaden anzurichten als wir Probleme lösen.

Mindestens genauso wichtig ist
für die Mitarbeitenden in Wohn- und Pflegezentren
aber eine Entlastung am Arbeitsplatz.

Es geht nicht nur um Gehaltserhöhungen;
es muss auch darum gehen,
den Rahmen dafür zu schaffen,

dass Pflegekräfte
ihren wertvollen Beruf unter akzeptablen Bedingungen ausüben können.

Deshalb werden wir unsere Diskussionen
mit den Zentren und mit den Sozialpartnern
über eine Verbesserung der Personalnormen
konsequent fortsetzen.

Und ja, wir sind darüber hinaus bereit,
im Rahmen unserer Zuständigkeiten
Krisenprämien
für besonders belastete Berufsgruppen auszuzahlen.

Der Föderalstaat hat hierzu ja kürzlich einige Vorschläge gemacht,
die wir jetzt im Detail prüfen.

Auch in diesem Zusammenhang warne ich aber vor Schnellschüssen.

Wer soll diese Prämie in welcher Höhe bekommen?
Nur Pflegekräfte oder auch andere Berufsgruppen?
Welche steuerlichen Auswirkungen hat diese Prämie?

Diese und andere Fragen müssen wir klären.

Wir haben dazu eine Konzertierung
aller Regionen und Gemeinschaften
mit dem Föderalstaat vorgeschlagen.

Wir würden uns eine einheitliche Vorgehensweise

für ganz Belgien wünschen,
um Ungerechtigkeiten zu vermeiden.

Dieses Thema möchten wir jetzt ebenfalls mit den Sozialpartnern besprechen.

Eines dürfen wir übrigens in dieser Krise
trotz der eingeschränkten Kontaktmöglichkeiten nicht vergessen:

Der Sozialdialog bleibt ein hohes Gut in unserer Gemeinschaft.

Wir haben ein großes Interesse daran,
diesen Dialog ernst zu nehmen.

Das war vor der Krise so.

Das muss auch während und erst recht nach der Krise gelten.

Kolleginnen und Kollegen,
Hilfspakete in dieser Größenordnung
hat es in der Geschichte unserer Gemeinschaft
noch nie gegeben.

Aber wenn wir wollen,
dass es sich auch nach der Krise in Ostbelgien gut leben lässt,
dann müssen wir jetzt helfen und anpacken,
und zwar konsequent, ergebnisorientiert
und unbürokratisch.

Es wird eine Zeit nach der Krise geben.

Und darauf müssen wir uns jetzt schon vorbereiten.

Wir müssen dafür Sorge tragen,
dass die hohe Lebensqualität in Ostbelgien
auch nach der Krise bewahrt bleibt.

Wir müssen sicherstellen,
dass es in unsere Gemeinschaft auch nach der Krise
menschlich und solidarisch zugeht,
dass z.B. die Solidarwirtschaft nicht an dieser Krise zugrunde geht.

Wir müssen gewährleisten,
dass die Menschen auch in Zukunft
auf ein vielfältiges kulturelles, touristisches und sportliches Angebot
zurückgreifen können.

Wir müssen dazu beitragen,
dass unsere Krankenhäuser,
Pflege und Gesundheitseinrichtungen diese Krise überleben.

Wir müssen alles in unserer Macht Stehende tun,
damit es in unserer Gemeinschaft auch nach der Krise
genügend Kinderbetreuungsplätze gibt,
ausreichend Plätze in Wohn- und Pflegezentren
und häusliche Hilfen
zur Verfügung stehen.

Wir werden nicht zulassen,
dass diese Krise die Grundlagen unseres gesellschaftlichen Lebens zerstört.

Deshalb werden wir auch nicht von unseren Projekten abweichen, die wir uns zu Beginn der Legislaturperiode vorgenommen hatten, um die Lebensperspektiven in Ostbelgien zu verbessern.

Wir können und wir werden diese Krise bewältigen, wenn wir weiterhin alle zusammenhalten.

Wir erleben und beobachten mit großer Dankbarkeit, wie solidarisch unsere Gemeinschaft ist.

Ich bedanke mich im Namen der Regierung bei allen Bürgerinnen und Bürgern für ihre Einsatzbereitschaft und ihr Durchhaltevermögen.

Wir danken allen Menschen, die sich jetzt mutig dieser Krise entgegenstemmen.

Wir denken z.B. an die Ärzte, die Pflegekräfte, die Mitarbeitenden in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, die öffentlichen Dienste, die Rettungsdienste, die Feuerwehren, die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, die pflegenden Angehörigen, die Kassiererinnen und Kassierer, die Landwirte, die LKW-, Bus- und Taxifahrer, die Reinigungskräfte und viele andere...

Wir bedanken uns bei allen (!) Menschen,

die anderen Menschen helfen,
indem sie entweder in ihren Berufen
die Versorgung der Bevölkerung sicherstellen
oder indem sie sich diszipliniert an die beschlossenen Maßnahmen halten.

Sie alle sind die Heldinnen und Helden dieser Krise.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!